

27.10.2009

Antrag

der Fraktion der SPD

Koalition der Zumutungen schlägt zu - Bürger und Kommunen bluten für die Wahlversprechen von CDU und FDP

Die in Berlin beschlossene Koalitionsvereinbarung von CDU/CSU und FDP enthält viele Vorhaben, die zur Verschlechterung der Einnahmen der Kommunen und gleichzeitig zur Erhöhung der Sozialausgaben führen werden. Die schwarz-gelben Taschenspielertricks in Berlin führen dazu, dass die neue Bundesregierung bereits vor ihrem Amtsantritt mit der Handlungs- und Zukunftsfähigkeit unseres Landes spielt. Schon heute sind das Land und die Kommunen der Wirtschafts- und Finanzkrise von dramatischen Einnahmeausfällen betroffen. Alleine im Zeitraum Januar bis September 2009 sind in Nordrhein-Westfalen Steuereinnahmen in Höhe von rund 2,5 Milliarden Euro weggebrochen. Laut einer Umfrage des Deutschen Städtetages sind beispielsweise die Einnahmen aus der Gewerbesteuer zwischen Januar und September 2009 um gut 22 Prozent zurückgegangen.

Die schwarz-gelbe Regierung schwächt die Kommunen und gefährdet damit die Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen in Deutschland. Die vollmundigen Ankündigungen von Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers, bei den Koalitionsverhandlungen würden keine Zumutungen für die Bevölkerung beschlossen, werden somit Lügen gestraft.

Schrittweise Abschaffung der Gewerbesteuer

Die wichtige kommunale Einnahmenquelle, die Gewerbesteuer, wird komplett in Frage gestellt. Unter der Überschrift „Mittelfristige Ziele für die Unternehmensbesteuerung“ wird die Einsetzung einer „Kommission zur Erarbeitung von Vorschlägen zur Neuordnung der Gemeindefinanzierung“ angekündigt. Weiter heißt es: „Diese soll auch den Ersatz der Gewerbesteuer durch einen höheren Anteil an der Umsatzsteuer und einen kommunalen Zuschlag auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer mit eigenem Hebesatz prüfen.“

Dieser Vorschlag zum Ersatz der Gewerbesteuer ist bereits in der Kommission zur Reform der Gemeindefinanzen im Jahr 2003 verworfen worden, da er keinen gesicherten Ersatz für die Gewerbesteuer bietet und zugleich die Bürger erheblich belastet, während die Wirtschaft entlastet wird. Der Angriff auf die Gewerbesteuer ist bereits eröffnet. Schon ab 01. Januar 2010 soll die Hinzurechnung von Immobilienmieten von 65% auf 50% bei der Gewerbesteuer abgesenkt werden. Weitere Schritte bis hin zur gänzlichen Abschaffung sind absehbar und werden durch das Einrichten einer Kommission nur verschleiert um den Landtagswahlkampf in NRW nicht zu belasten.

Datum des Originals: 27.10.2009/Ausgegeben: 27.10.2009

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Senkung der Einkommenssteuer

Weitere Einnahmeausfälle drohen den Kommunen aus der Senkung der Einkommensteuer. Knapp 4 Mrd. Euro weniger Einnahmen würden die Pläne der schwarz-gelben Koalition für die Kommunen bundesweit bedeuten.

Da nützt es auch nicht, dass am Ende der Koalitionsvereinbarung ein allgemeines Bekenntnis zu den Kommunen abgegeben wird. Klare Aussagen zur Stärkung der Kommunen oder gar zur Hilfe für immer mehr Kommunen, die von extremer Haushaltsnotlage geprägt sind, sind in der Koalitionsvereinbarung nicht zu finden.

Hilfe aus einer Hand für Langzeitarbeitslose wird zerschlagen

„Die Koalition will die Aufgabenwahrnehmung und Finanzierung für Langzeitarbeitslose im Sinne der Menschen neu ordnen. ... Dabei gilt es, die Kompetenz und Erfahrung der Länder und der Kommunen vor Ort sowie der Bundesagentur für Arbeit in getrennter Aufgabenwahrnehmung für die Betreuung und Vermittlung der Langzeitarbeitslosen zu nutzen.“ Die Absicherung der Arbeit der 69 Optionskommunen und die grundsätzliche Zusage, die Finanzbeziehungen in diesem Bereich erhalten zu wollen, ist nur ein schwacher Trost für die Kommunen. Die bisher gut funktionierende Kooperation in den Jobcentern der Arbeitsgemeinschaften muss bis Ende 2010 getrennt werden. Das erzeugt hohe Kosten bei den Kommunen, umfängliche Umstrukturierungen für das Personal, die Installierung neuer EDV und für die vielen betroffenen Langzeitarbeitslosen deutlich mehr Aufwand, um SGB II-Leistungen erhalten zu können. Die vorgesehenen Veränderungen im SGB II-Leistungsrecht werden den Langzeitarbeitslosen nicht helfen, sondern sie eher belasten, wie beispielsweise die angekündigte Pauschalierung der Wohnkosten und die weitere Reduzierung der Arbeitsmarktprogramme.

"Privat vor Staat"

Wie ein roter Faden zieht sich die Leitlinie „Privat vor Staat“ durch die Koalitionsvereinbarung, mal deutlicher, mal versteckt in Nebensätzen in unterschiedlichen Kapiteln: „Staatliche Aufgaben oder öffentlichen Zwecken dienende wirtschaftliche Tätigkeiten sind konsequent zu überprüfen und bei nachgewiesener Wirtschaftlichkeit mit Hilfe des privaten Anbieters umzusetzen.“ Oder: „Unser Leitbild ist dabei ein unternehmerisch und wettbewerbsrechtlich ausgerichteter ÖPNV. Dabei werden wir den Vorrang kommerzieller Verkehre gewährleisten.“ Auch hält die schwarz-gelbe Bundesregierung an ihrem angekündigten Vorhaben fest, „Wettbewerbsgleichheit kommunaler und privater Anbieter insbesondere bei der Umsatzsteuer“ herzustellen. Dies würde bedeuten, dass alle kommunalen Unternehmen im Bereich der Abfall- und Abwasserentsorgung den vollen Mehrwertsteuersatz zahlen müssten. Dies würde wiederum zu deutlichen Gebührenerhöhungen und Mehrbelastungen für die Bürger führen.

Solidarpakt Ost

Trotz der Ankündigungen des Ministerpräsidenten und stellvertretenden CDU-Parteivorsitzenden, im Koalitionsvertrag müssten die Belastungen für die armen Städte in NRW im Rahmen des Solidarpakt II deutlich gemildert werden, bleibt alles beim Alten und damit bei einer starren Verteilung nach Himmelsrichtung und nicht nach Bedürftigkeit. Die durch die Landesregierung sowieso schon unrechtmäßig belasteten Kommunen müssen sich weiterhin für den überholten Solidarausgleich überschulden.

Mehr Aufgaben, keine Entlastungen

In vielen weiteren Handlungsfeldern wird auf die Bedeutung der Kommunen für die Bewältigung der gesellschaftlichen Herausforderungen Bezug genommen, wie beispielsweise beim Ausbau der Kinderbetreuung und der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund. Doch an keiner Stelle der Koalitionsvereinbarung wird klar gesagt, wie weitere qualitative

und quantitative Leistungsverbesserungen von den Kommunen finanziell bewältigt werden sollen.

Zentrale Forderungen der Kommunalen Spitzenverbände, die in den letzten Wochen an die neue Bundesregierung und den neuen Bundestag gerichtet worden sind, werden von der schwarz-gelben Bundesregierung nicht beachtet oder sogar – wie bei der Gewerbesteuer – schlicht vom Tisch gewischt. Die schwarz-gelbe Bundesregierung verlagert Lasten auf die Kommunen und entzieht ihnen noch Mittel zur Bewältigung der Herausforderungen. CDU/CSU und FDP wollen ihre unsoziale Politik zu Lasten der Kommunen fortsetzen.

Der Landtag Nordrhein-Westfalen fordert daher die Landesregierung auf:

- zur Überwindung der Folgen der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise in den kommenden Jahren die Handlungs- und Leistungsfähigkeit der nordrhein-westfälischen Kommunen sicherzustellen,
- dafür zu sorgen, dass die durch die Steuerpläne der neuen Bundesregierung hervorgerufenen Einnahmeausfälle innerhalb des vertikalen Finanzausgleichs kompensiert werden,
- sich dafür einzusetzen, dass die Gewerbesteuer als wichtigste Stütze des kommunalen Finanzsystems in vollem Umfang erhalten bleibt,
- auf eine Lösung für die Zukunft der ARGEn hinzuwirken, die die Belastungen der Kommunen reduziert und Doppelzuständigkeiten vermeidet.

Hannelore Kraft
Carina Gödecke
Ralf Jäger
Hans-Willi Körfges

und Fraktion